

29. September 2021, 16:12 Uhr Urteil zur Förderformel

Das müssen Eltern nach dem Kita-Urteil wissen

Welche Folgen es hat, dass die Kita-Förderung rechtswidrig war. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Von Jakob Wetzel

Das Urteil hat es in sich. Die Stadt München hat 2019 die Elterngebühren in den meisten Kindergärten und Krippen deutlich gesenkt. Nun aber hat das Verwaltungsgericht München festgestellt, dass dies in dieser Form rechtswidrig war. Was bedeutet das? Die wichtigsten Fragen und Antworten für Eltern.

Hat das Urteil unmittelbare Auswirkungen auf die Kita-Beiträge?

Nein. Nur durch das Urteil ändern sich in keiner Kita die Beiträge. Die Stadt muss ihre Förderung jedoch anpassen: Mit dem Urteil steht die Feststellung im Raum, dass die aktuelle Praxis rechtswidrig ist. Damit könnte ein Kita-Träger die Stadt jederzeit auf Unterlassung verklagen, und das hätte dann womöglich direkte Folgen für die Gebühren. Die Stadt muss ihre Förderung also auf ein sicheres Fundament stellen.

Was muss geändert werden?

Das Gericht hat bemängelt, dass die Stadt nicht alle Eltern entlastet hat, sondern nur die, deren Kinder eine Kita besuchen, die der Münchner Förderformel (MFF) beigetreten ist. Das ist ein Zuschusssystem, das seit 2011 existiert. Die Stadt zahlt hier Fördergeld an Kitas, die sich im Gegenzug Regeln unterwerfen und zum Beispiel nach Einkommen gestaffelte und gedeckelte Gebühren erheben. Die MFF regelt außerdem die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher und setzt unter anderem Anreize, Kinder aufzunehmen, die den Platz aus sozialen Gründen dringend brauchen. Auch die Gebührensenkung hat die Stadt an die MFF gekoppelt, um keine Luxus-Kitas zu fördern. Doch das war laut Gericht nicht zulässig: Damit verzerre sie den Wettbewerb und verletze die Berufsfreiheit der Kitas.

Müssen die Beiträge in Kitas, die in der MFF sind, künftig wieder steigen?

Das ist unklar. Die Grünen, die im Rathaus mit der SPD koalieren, wollen nichts über konkrete Folgen sagen, bevor das Urteil juristisch geprüft worden ist. Die SPD dagegen beschwichtigt: Die weitgehende Gebührenfreiheit sei "eine unserer größten Errungenschaften in München und steht für uns nicht infrage", sagt die Fraktionschefin von SPD und Volt Anne Hübner.

Müssen die Gebühren jetzt umgekehrt in allen Münchner Kitas sinken?

Das wünscht sich der Dachverband Bayerischer Träger für Kindertageseinrichtungen: Die Stadt solle die Beiträge unabhängig von der MFF senken. Die grün-rote Rathauskoalition lehnte das zuletzt zwar nicht ausdrücklich ab, bekannte sich aber mehrfach explizit zum Wert der Bildungsgerechtigkeit, der mit der MFF verbunden sei. "Es muss ein Weg gefunden werden, um die Eltern fair zu entlasten, ohne dass dabei private Anbieter auf Kosten der Stadtkasse große Gewinne machen oder die Bildungsqualität verloren geht", sagt SPD-Fraktionschefin Hübner.

Kann die Stadt juristisch gegen die Entscheidung des Gerichts vorgehen?

Nein. Das Verfahren, um das es geht, hat die Stadt München formal gewonnen, deswegen kann sie keine Berufung einlegen. Ob die Gegenseite in Berufung gehen will, hat sie noch nicht entschieden. Ihr Anwalt riet aber davon ab.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5425169

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 30.09.2021

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.